Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **20. April 2005**, um 19.00 Uhr im Seminarraum des Krankenhauses Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlußfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Angelobung von Herrn Ralf Dirnberger als Gemeindevertreter
3. Zusammensetzung der Ausschüsse
4. Beschlußfassung der Niederschrift vom 23. Februar 2005
5. Berichte des Bürgermeisters
6. Jahresrechnung 2004
7. Mittelfristiger Finanzplan
8. Stellenplanerweiterung
9. Gründung der Europasteg-Errichtungs- u. BetriebsgmbH – Grundsatzbeschuß
10. Gründung einer KEG
11. Hauptschulerweiterung und –sanierung – Architektenleistungen
12. Verlängerung Kontokorrentkredite Stadtgemeinde und Krankenhaus
13. Parkplatz- und Straßengestaltungen
14. Verkauf Zauner-Gründe
15. Anträge auf Verwendung des Gemeindewappens
16. Ferienaktionen Sommer 2005
17. Antrag Franz Holztrattner auf Beseitigung baulicher Anlagen M.-Grundringer-Str. 3 – 9
18. Ausnahmegewilligungen von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für folgende landwirtschaftliche Betriebe:
 - a) Bauernweg 3, 3 a
 - b) St. Georgener Str. 22
 - c) Aglassinger Str. 9
 - d) Loipferdinger Str. 1
 - e) Loipferdinger Str. 3
19. Umbenennung eines Teiles des Gemeindeparks in „Karoline-Brandauer-Park“
20. Aufträge, Anschaffungen
21. Subventionen
22. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Georg Mayrhofer
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Ulrike Bazzanella-Müller
GV Josef Auzinger
GV Bärbel Stahl
GV Dietmar Innerkofler
GV Josef Gönitzer
GV Wolfgang Stranzinger
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Peter Illinger,
GV Franziska Stampfer,
GV Martin Neumeier
GV Gerhard Rosenstatter

Stadtrat Dietmar Prem
GV Georg Meindl – erscheint um 19.30 Uhr
GV Johann Tutschka
GV Ralf Dirnberger
Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Mag. Evelin Feichtner-Tiefenbacher
GV Michael Mayer
GV Josef Hagmüller

Entschuldigt abwesend:

Stadtrat Alois Wetsch
GV Anna Schick

Weiters anwesend:

Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter
Wolfgang Tajkovsky, Leiter Finanzverwaltung
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 9 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlußfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 19.05 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, daß aufgrund der Anwesenheit von 22 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlußfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt, es bestehen dagegen keine Einwände.

Fragen aus dem Publikum:

Rechtsanwalt Dr. Hitzenbichler hält im Auftrag seiner Klientin Frau Holztrattner zu TOP 17 folgendes fest: Es geht hier um die Beseitigung eines Teiles eines Bauvorhabens in Ziegelhaiden, welches unter Verstoß gegen die Nachbarschaftsrechte errichtet wurde. Hier handelt es sich um eine eindeutige Rechtsfrage und die Nachbarschaft kann nicht durch eine spätere Kollaudierung eingeschränkt werden. Es ist auch klar, daß – wenn man eine nicht vertretbare Rechtsauffassung vertritt und eine Bausünde klar auf der Hand liegt – dies wiederum eine Amtshaftung nach sich zieht.

Bürgermeister: Der Verfahrensverlauf ist mir klar und die Gemeindevertretung ist informiert. Ich bin Baubehörde 1. Instanz und werde zu einem laufenden Verfahren in einer Fragestunde keine Auskunft geben. Diese Angelegenheit wird unter TOP 17. abgehandelt und ich werde nicht präjudizieren.

Da keine Wortmeldungen aus dem Publikum mehr vorliegen, geht Bürgermeister Schröder zur Tagesordnung über.

2. Angelobung von Herrn Ralf Dirnberger als Gemeindevertreter

Aufgrund der Karenzierung von Herrn Ing. Johann Schweiberer wird seitens der NOW als sein Nachfolger Herr Ralf Dirnberger nominiert.

Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und Bürgermeister Schröder verliest folgende Gelöbnisformel:

Ich gelobe, die Gesetze des Bundes und des Landes Salzburg gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen zu fördern.

Ralf Dirnberger gelobt in die Hand des Bürgermeisters mit den Worten „Ich gelobe!“.

Bürgermeister Schröder wünscht dem neuen Gemeindevertretungsmitglied alles Gute für seine Arbeit und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

3. Zusammensetzung der Ausschüsse

Stadtrat Dietmar Prem übergibt eine korrigierte Ausschußliste. Die Funktion des Fraktionsprechers der NOW wird in Zukunft er selbst – Dietmar Prem – übernehmen.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

(Anmerkung der Schriftführung: Eine aktualisierte Liste der Ausschüsse wird zusammen mit dem Protokoll zugestellt).

4. Beschlußfassung der Niederschrift vom 23.02.2005

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 23. Februar 2005 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

5. Berichte des Bürgermeisters

5.1. Kläranlage – Weiterbestand oder Überleitung nach Siggerwiesen

Die Fraktion der Grünen hat in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung einen Antrag bezüglich eines Weiterbestandes der Kläranlage gestellt. Ich habe damals erklärt, daß es nach Ausarbeitung der Verträge bezüglich der Überleitung noch einen Informationsabend geben wird. Zwischenzeitlich haben Gespräche stattgefunden. Sobald die Verträge vorliegen, wird es eine gemeinsame Sitzung geben und die Überleitung wird nochmals vorgestellt. Ebenso wird das Gutachten Steinle nochmals vorgestellt.

5.2. RegionInfo

Den Fraktionen wurde vom Regionalverband eine sog. „RegionInfo“ übersandt, die den Sinn hat, eine größtmögliche Transparenz des Regionalverbandes zu erreichen und die Gemeindevertretungen der sieben Regionsgemeinden über die Geschehnisse möglichst lückenlos zu informieren.

5.3. Subvention Seniorenring Oberndorf

GV Hagmüller wird zu seiner Urgenz bezüglich der Subventionsauszahlung an den Seniorenring mitgeteilt, daß für 2004 ein Betrag von € 100,-- am 2. Februar 2005 auf das Konto des Seniorenringes überwiesen wurde.

5.4. Schiclub Oberndorf

Die Abrechnung des Ski- und Snowboard-Kurses in den Semesterferien in Eben liegt vor. Die Akontozahlung wurde um € 395,-- unterschritten. Es ergeht wiederum der Dank an den Schiclub für die gewohnte ausgezeichnete Ausrichtung des Kurses und gleichzeitig die Bitte, den Kurs auch in den nächsten Ferien wieder abzuhalten.

5.5. Trinkwasseranalyse

Die aktuelle Trinkwasseruntersuchung bescheinigt der Stadtgemeinde Oberndorf die Genußtauglichkeit des Wassers.

5.6. Baustelle „ehem. Gasthaus Forelle“ in der Salzburger Straße

Gestern habe ich mit der Bezirkshauptmannschaft ein Telefonat geführt, in dem mir mitgeteilt wurde, daß noch dieser Tage ein Beseitigungsauftrag der Bezirkshauptmannschaft ergehen wird. Die Müllhalde und die vier abgestellten Pkw-Wracks müssen entfernt werden. Die Causa ging bereits bis ins Bundesministerium. Ich hoffe, daß wir noch diesen Monat eine Reaktion sehen.

GV Gönitzer richtet eine Frage an 2. Vizebgm. Feichtner: Seit wann führt der Schiclub Oberndorf den Schikurs in den Ferien durch?

2. Vizebgm. Feichtner: Seit 1992 mit jeweils 70 – 90 Kindern. Wir werden auch nächstes Jahr diesen Kurs wiederum abhalten.

6. Jahresrechnung 2004

Zur Jahresrechnung 2004 hat es eine Klausur gegeben, wo die Fraktionen sich umfassend informieren konnten. Ich möchte mich bei meinen Mitarbeitern im Amt dafür herzlich bedanken.

Anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert Bürgermeister Schröder die vorliegende Jahresrechnung wie folgt:

Jahresabschluss 2004 (Präsentationsunterlage)

Ausgangsbasis Beginn 2004

Soll-Abgang	227.581,04
<i>bedingt durch Mindereinnahmen</i>	
Krankenhaus SAKRAF	
<i>Bedeckung durch</i>	
Nachzahlung Fehler SAKRAF	193.947,00
Sonderunterstützung Land	70.522,63
verbleibt Überschuss	36.888,59

Einnahmen	Ergebnis	Voranschlag	Differenz
Darlehenstilgungen	473	500	-27
Zinsen	1.389	1.700	-311
Handelswaren	12.060	14.000	-1.940
Leistungserlöse	2.160.480	2.142.000	18.480
RE v. Gemeindeverbänden	146.391	141.600	4.791
Beiträge v. Gemeinden	692.167	651.200	40.967
Vergütungen von KH	72.804	64.800	8.004
Miet- und Pachtzinse	353.478	361.600	-8.122
Sonstige Einnahmen	64.106	64.500	-394
Eigene Steuern	1.036.224	1.066.300	-30.076
Gebühren	39.083	40.000	-917
Verwaltungsabgaben	18.938	20.200	-1.262
Kommissionsgebühren	1.116	1.000	116
Ertragsanteile	3.207.595	3.171.900	35.695
Schlüsselzuweisung	119.951	119.700	251
Laufende Transfer	282.108	269.700	12.408
Kapitaltransfer	4.895	-	4.895
Mehreinnahmen			82.558

Ausgaben	Ergebnis	Voranschlag	Differenz
Investitionen	81.878	219.500	-137.622
Darlehenstilgungen	398.954	398.900	54
Zinsen und Bankspesen	306.420	305.500	920
Geringwertige Wirtschaftsgüter	97.245	105.600	-8.355
Betriebsstoffe und sonstige Verbrauchsgüter	132.735	161.500	-28.765
Personalaufwand	3.113.442	3.145.500	-32.058

<i>Energiebezüge</i>	297.870	303.700	-5.830
<i>Instandhaltungen</i>	226.210	284.100	-57.890
<i>Sonstiger Betriebsaufwand</i>	146.590	157.200	-10.610
<i>Miet- und Pachtzinse</i>	513.580	510.300	3.280
<i>Öffentliche Abgaben</i>	97.054	96.800	254
<i>Beiträge an Verbände</i>	56.692	59.900	-3.208
<i>Rückzahlung an SAKRAF</i>	123.017	119.700	3.317
<i>Sonstige Leistungen</i>	316.079	345.900	-29.821
<i>Sonstige Ausgaben</i>	273.568	324.300	-50.732
<i>Vergütungen an KH</i>	449.879	457.600	-7.721
<i>Laufende Transfer</i>	1.460.917	1.412.000	48.917
Ausgabeneinsparung			-325.343

Jahresabschluss 2004

Ausgabeneinsparungen	325.343
Mehreinnahmen	82.558
Summe	407.901

Ergebnisse Gebührenhaushalte

Wasserversorgung	Überschuss	Abgang
Abwasserbeseitigung	93.363	
Müllbeseitigung	200.459	4.391

Jahresabschluss 2004

Überschuss	407.901
<i>dazu kommen</i>	
<i>Auflösung Rückstellungen</i>	50.301
<i>Überschuß aus KH Sakraf</i>	36.889
<i>Sanierungskonzept</i>	248.757
Summe Überschuß	743.848

Verwendung AO-Haushalt

<i>Alter Pfarrhof</i>	1.286
<i>Straßenbau</i>	99.475
<i>Gewerbegebiet Nord</i>	7.912
<i>Aussegnungshalle</i>	7.395
<i>KH Parkplatz Süd</i>	13.236
Summe AO-Haushalt	129.303

Verwendung Rückstellungen

Gebührenhaushalte	209.075
<i>Gemeindeamt Ausstattung</i>	90.000
<i>Amtsgebäude Behindertenrampe</i>	24.000
<i>Hauptschule Trainingsplatz</i>	40.000
<i>OSK Trainingsplatz</i>	11.000
<i>Spielplatz Ziegelhaiden</i>	40.000

Aussegnungshalle	17.000
Seniorenwohnhaus	112.268
Summe Rückstellungen	543.343

Jahresabschluss 2004

Soll-Überschuss	743.848
Verwendung	
AO-Haushalt	129.303
Rückstellungen	543.343

verbleibt

Soll-Überschuss

71.202

Bürgermeister Schröder ergänzt: Ich denke, wir haben über das Jahr gesehen gute Arbeit geleistet. Es würde mich freuen, wenn die Gemeindevertretung das auch so sieht. Trotzdem möchte ich nicht verschweigen, daß wir noch eine Schwierigkeit zu bewältigen haben. Im Krankenhaus stellt sich folgende Situation: Die Abrechnung des Krankenhauses, welche auf den Zahlen des SAKRAF beruht und uns erst kurz vor Fertigstellung der Jahresrechnung zur Verfügung gestellt wurde, hat leider ergeben, daß wir einen zusätzlichen Rechtsträgeranteil für 2004 in der Höhe von € 597.003,82 zu erwarten haben. Dies ist eine Summe, die es für den Rechtsträger eines Krankenhauses in dieser Höhe nicht geben kann. Ich hatte diesbezüglich Kontakt mit dem Büro Landeshauptfrau Burgstaller. Die Prüfung des SAKRAF hat ergeben, daß gegenüber den alten Zahlen sich die Summe auf € 522.392,21 verringert hat, doch ist dieser Betrag genauso wenig akzeptierbar und kann nicht geleistet werden. Für das Jahr 2004 stellt das Land Salzburg für alle fünf Gemeindespitäler zusammen einen Betrag von € 1,93 Mio zur Verfügung, über dessen Aufteilung in den nächsten Tagen vorberaten wird. Bei der Prüfung unseres Krankenhauses hat sich ergeben, daß unser Anteil an den € 1,93 Mio mindestens € 300.000,- und dzt. höchstens € 388.814,- betragen wird.

- 19.30 Uhr – es erscheint GV Georg Meindl; somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.

Das Land und der Bund sind die Verantwortlichen für das Gesundheitssystem. Wir sind gerne bereit, daran mitzuarbeiten. Das Krankenhaus Oberndorf ist das wirtschaftlich bestgeführte Haus der fünf Gemeindespitäler in Salzburg. Es sollte nämlich nicht der Eindruck entstehen, unser Krankenhaus hätte schlecht gewirtschaftet. Die Einnahmen sind gegenüber den Ausgaben überproportional gestiegen. Es kann nicht jemand dafür bestraft werden, daß er gut arbeitet. Diesbezüglich wird es Verhandlungen geben. Man muß auch über die finanzielle Führung immer wieder nachdenken. Die Verhandlungen werden zeigen, wie die Landeskrankenanstalten dazu stehen. Bürgermeister Schröder ersucht nun den Obmann des Überprüfungsausschusses Josef Hagmüller um seinen Bericht.

Obmann Hagmüller hält fest daß zur Jahresrechnung 2004 hat eine Überprüfungsausschuß-Sitzung stattgefunden hat und die Empfehlung ausgesprochen wurde, die Jahresrechnung 2004 zum Beschlusse zu fassen.

Stadtrat Prem: Die NOW hat sich die Jahresrechnung im Detail angesehen, unsere Fragen wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Wir werden der Jahresrechnung 2004 zustimmen.

Stadtrat Mag. (FH) Danner: Der Bürgermeister hat dem Krankenhaus breiten Raum gewidmet – und das zu Recht. Die derzeit vorherrschende Vorgangsweise, daß man Monate nach Ende eines Jahres von gesetzlichen Rechtsträgeranteilen überrascht wird, ist sicherlich unzumutbar. Vor allem wird dadurch jede Finanzplanung ad absurdum geführt. Man soll den Mittelfristigen Finanzplan vorbereiten und dann kommen plötzlich diese nicht geplanten

Überraschungen. Grundsätzlich ist es jedoch erfreulich, wenn ein Überschuß ausgewiesen werden kann. Im Gegensatz zu 2003 ist jedoch im Jahre 2004 die Ausweisung des Rechtsträgeranteiles anders erfolgt. Es wurde in Aussicht gestellt, daß der Rest an Geldern kommt; wenn nicht, würden wir auch ein Minus ausgewiesen bekommen. Es ergeben sich somit die Zahlen von 2003 und 2004 im Vergleich sehr ähnlich, wenn man die gleichen Kriterien ansetzt. Wir kommen darauf zurück, daß die Gemeindefinanzen geordnet geführt werden können, wenn eine ordentliche Krankenhausfinanzierung und Abgangsdeckung erfolgt. Grundsätzlich werden wir der Jahresrechnung zustimmen, wir wurden bestens informiert.

Bürgermeister: Du hast recht, der zusätzliche Rechtsträgeranteil 2003 war aus Mitteln des Ordentlichen Haushaltes bedeckt. Wir hätten diese Rückstellung nicht tätigen können, wenn wir diese nicht als Forderung an das Land hätten stellen können. Es gibt eine Zusage, von der ich hoffe, daß sie eingehalten wird. In fünf Monaten wissen wir mehr. Es stimmt auch, daß der Mittelfristige Finanzplan nicht aufzustellen ist, wenn man nicht weiß, was auf einen zukommt. Daher nochmals: Man wird, wenn es hier zu keiner Lösung kommt, die es den Gemeinden ermöglicht Investitionen zu tätigen, sich über die Rechtsträgerschaft unterhalten müssen.

GV Gönitzer: Vorweg ergeht mein Dank an die Mitarbeiter des Stadtamtes für die hervorragende Vorbereitung. Wenn man sich mit dem Zahlenwerk beschäftigt, kann man dem Bürgermeister und dem Amt bestätigen, daß hier gute Arbeit geleistet wurde. Es wurden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um diesen positiven Abschluß zu realisieren. Der Dank dafür ist die Aufhebung der verstärkten Prüfungstätigkeit durch die Gemeindaufsicht. Zum Seniorenwohnhaus: Hier wurde großartige Arbeit geleistet, denn es erfolgte eine Abgangsreduzierung um ca. €120.000,-; das ist eine enorme Leistung. Weitere Zahlen, die erwähnenswert sind: Der Schuldenstand wurde deutlich reduziert, wir haben eine deutliche Erhöhung der Rücklagen und Rückstellungen und beim Stand der Wertpapiere haben wir positive Zahlen, die ebenso dazu geführt haben, die Jahresrechnung für 2004 positiv zu gestalten. Die Zukunft wird eine große Herausforderung bringen, denn die Einnahmen werden permanent sinken, die Budgets werden bei steigenden Anforderungen weiter ausgehöhlt und der eigene Gestaltungsspielraum wird weiter eingeschränkt werden. Ein großes Problem ist, wie bereits erwähnt, das Krankenhaus.

Ich ersuche den Bürgermeister, den bisher begangenen Weg bei steigenden Aufgaben auch weiter zu verfolgen. Bei diesen Gegebenheiten stimmen wir der Jahresrechnung natürlich zu.

Stadtrat Dr. Weihs: Wir möchten positiv bewerten, daß es die Klausuren gibt, denn wir schätzen diese offene Art sehr. Wir finden, daß die Jahresrechnung gewissenhaft erstellt wurde. Die Schwerpunktsetzungen sind zufriedenstellend. Es ist immer eine Gratwanderung, wo gespart wird. Man muß aufpassen, daß die Belastungen nicht zu hoch werden. Daher ist die besonders positive Meldung betreffend des Seniorenwohnhauses ein wenig zu relativieren, den die Sparsamkeit erfordert natürlich auch eine gewisse Mehrbelastung des Personals. Ich wünsche mir weiterhin eine gute Arbeit in Budgetsachen und hoffe, daß es 2005 auch so sein wird.

Bürgermeister: Beim Seniorenwohnhaus wird diese Situation voraussichtlich nicht jedes Jahr zu erwarten sein, da die jeweilige Abgangshöhe von den Pflegestufen abhängt. Danach richtet sich auch der Personalschlüssel, welcher mit den Abteilungen 11 und 3 des Landes abgesprochen ist. Der Personalstand ist derzeit regulär ausgenutzt. Wir reagieren auch bei Krankenständen und holen uns zusätzliches Personal. Ich gebe dir recht, daß man natürlich mit mehr Personal noch höhere Qualität bieten könnte und bin auch bemüht, daß das Seniorenwohnhaus personalmäßig gut bestellt ist. Wir müssen uns jedoch nach gewissen Vorschriften des Landes halten.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich nehme das Stichwort „neoliberale Politik“ von GV Gönitzer heraus und möchte dazu bemerken, daß wir es nicht ganz so sehen sollten, denn wer sich die Mühe gemacht hat, die Finanzpläne 2003 und 2004 zu vergleichen, wird sehen, daß die

Einnahmen (Bundeszugsanteile) stärker gestiegen sind. Dadurch erholt sich unsere freie Finanzspitze wieder.

Bürgermeister: Bitte auch nicht außer Acht zu lassen, daß die Ausgaben andererseits auch immer höher werden. Weiters möchte ich jedoch zum Schuldenstand nicht verschweigen bzw. darauf hinweisen, daß wir auch Haftungen haben und dieser Bereich noch weiterhin steigen wird (z. B. für Überleitung der Abwässer nach Siggerwiesen, Kanalbau, Umbau der Schulen, Steg etc.)

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Schröder den **Antrag, die Jahresrechnung 2004 zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Mittelfristiger Finanzplan

Anhand folgender Power-Point-Präsentation erläutert Bürgermeister Schröder den Mittelfristigen Finanzplan:

Mittelfristiger Finanzplan Zusammenstellung

Bezeichnung	Voranschlag		Mittelfristiger Finanzplan		
	VA 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009
Ausgaben ohne Krankenhaus	12.749.700	11.373.430	11.601.951	11.783.086	12.036.511
Einnahmen ohne Krankenhaus	12.749.700	11.706.811	11.979.027	12.256.281	12.545.821
Überschuß	-	333.381	377.076	473.195	509.310
Tilgungsrücklage		200.000	200.000	200.000	
Verbleibt Überschuß		133.381	177.076	273.195	509.310
abz. Straßenbauvorhaben 2005	278.300				
Investitionsrücklage	43.600	281.900	207.281	92.357	
Verfügbar	321.900	415.281	384.357	365.552	509.310

Vorschlag

Kontenklasse 0		40.000	40.000	40.000	40.000
Verstärkungsmittel		39.000	9.000	13.700	210.700
1.) Hauptschule - Leasing		-	6.000	18.000	18.000
2.) Polytechnische Schule - Leasing		-	-	16.800	50.400
3.) Straßenbauten durch Kanalbau Siehe Beilage					
3.) Straßenbauten ohne Kanalbau	40.000	75.000	75.000	75.000	138.200
4.) Gemeindeamt			40.000	40.000	40.000
5.) Krankenhaus Planung		15.000			
6.) Europasteg		9.000	12.000	12.000	12.000
7.) Feuerwehr					
Fahrzeug			20.000		
Bootshalle			20.000	20.000	
Drehleiter				60.000	
8.) Alter Pfarrhof					
9.) Pfarrkirche		30.000	70.000	70.000	
Summe Vorschlag	40.000	208.000	292.000	365.500	509.300
verbleibt Investitionsrücklage	281.900	207.281	92.357	52	10

Nicht im mittelfristigen Finanzplan enthalten ist der Ankauf des Jungergrundes. Die Finanzierung dafür steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Verkäufen Zaunergrund, Grund Ärztezentrum und Wohnhäuser Watzmannstraße.

Berechnung der Finanzierung für Straßenbauvorhaben im mittelfristigen Finanzplan

3.) Straßenbauten durch Kanalbau

Bauabschnitt 07

Kosten Ende 2004 Euro 468.210,44

Aufbauend auf den durch die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 10. Dezember 2004 beschlossenen MFP und den Jahresvoranschlag 2005 sowie auf die Anregung der Abteilung 11 wurde die Prioritätenreihung neu festgesetzt. Im MFP finden sich nunmehr jene Vorhaben, welche eine Förderung aus dem GAF erhalten, an den vorderen Stellen, alle anderen Projekte wurden nachgereiht. An der geplanten Zuteilung der Mittel (zeitliche Abfolge) wurde keine Änderung vorgenommen. Zusätzlich wurde in den MFP das neue Projekt der Straßebauten und Parkplatzgestaltung von 2006 – 2009 aufgenommen.

GV Mayer: Wo kommt beim Steg die Differenz zwischen den in der Presse (*Krone-Interview*) zitierten € 20.000,-- und den hier ausgewiesenen € 12.000,-- her?

Bürgermeister: In dem Betrag von € 20.000,-- waren die Betriebskosten eingerechnet. Zu klären ist noch, wer die Instandhaltungsarbeiten durchführt. Das ist ein Betrag, der uns treffen kann.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Du hast ausgeführt, warum die Umreihungen vorgenommen wurden, und hast uns gesagt, es war eine Anregung der Abteilung 11. Es gibt aber auch die Anregung, daß eine realitätsbezogene Umreihung vorgenommen werden sollte. Daher würde ich die Pfarrkirche an die erste Stellung und den Steg an die zweite Stelle reihen.

Bürgermeister: Bei der Pfarrkirche handelt es sich um eine Ermessensausgabe. Ich würde den Wunsch der Gemeindeaufsicht gerne erfüllen um die einen oder anderen GAF-Mittel leichter zu erreichen. Wir verbauen uns jedoch nichts, denn es liegt in der Hand der Gemeindevertretung, die Investitionszusage zu beschließen. Ich bitte, davon auszugehen, daß wir das, was wir zusagen, auch halten. Die Kirche baut, wir sind ihr im Wort und werden alles unternehmen, unsere Zusage auch halten zu können. Aber um der Abteilung 11 unseren guten Willen zu zeigen und auch bei der Zuweisung der GAF-Mittel nicht ins Hintertreffen zu geraten, bitte ich, die Reihung in dieser Art zu beschließen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Für mich ist das keine realitätsbezogene Umsetzung.

Bürgermeister: Frau Dr. Draxl von der Abteilung 11 des Landes hat die vorzitierte Vorgangsweise ausgeführt.

Es ergibt sich hier eine kurze Diskussion über Ermessens- und Pflichtausgaben.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es ist uns klar, daß Ermessensausgaben nur bei entsprechendem Finanzierungsspielraum möglich sind. Es wäre zu diskutieren, ob z. B. der Neubau der Polytechnischen Schule eine Pflichtaufgabe ist. Wir haben das grundsätzliche Problem, daß begonnene Projekte zurückgereiht werden im Wissen, daß Zahlungen zu leisten sind. Daher verstehen wir nicht, warum der Steg, wo wir wissen, daß er gemacht werden muß, zurückgereiht wird.

Bürgermeister: Die Polytechnische Schule wird erst 2008 realistisch. Wenn der Wunsch besteht, die Pfarrkirche nach oben zu reihen, so können wir das gerne machen, doch die Argumentation gegenüber der Abteilung 11 wird immer schwerer.

Zwischen Bürgermeister und Stadtrat Mag.(FH) Danner entwickelt sich diesbezüglich eine Diskussion und Bürgermeister Schröder denkt an einen Kompromißvorschlag.

2. Vizebgm. Feichtner: Ich schlage vor, die Reihung zu belassen, denn es wird ohnehin wieder umgereiht werden.

GV Gönitzer: Dieser Mittelfristige Finanzplan kommt dem Wunsch der Abteilung 11 nach. Letztlich liegt das, was wir machen, in unserer Hand. Das ist ein rein optischer Vorschlag.

Stadtrat Dr. Weihs: Ich denke, der Mittelfristige Finanzplan ist eine Willensäußerung. Uns gefällt er deshalb gut, weil wir Grünen natürlich für Bildung und Schulen sind.

Stadtrat Mag.(FH) Danner zu Bürgermeister Schröder: Wir tragen den Beschluß mit der Anmerkung mit „um des Friedens mit der Abteilung 11 willen“ und vertrauen auf deine Worte von vorhin.

Stadtrat Prem: Ist es für die Realisierung des Steges gut, wenn er auf Platz 6. zurückgereiht wurde? Wäre es nicht richtiger, den Steg in seiner Priorität vorzureihen?

Bürgermeister: Es steht jetzt die Finanzierung, um die ich mich seit einem Jahr bemühe. Der Steg wird aus Mitteln der Wirtschaftsförderung und des Tourismusverbandes bedeckt. Ich sehe daher keinen Anlaß für eine Vorreihung. Die Realisierung liegt nun nur mehr am Lenkungsausschuß; wenn der zustimmt, wird der Steg gebaut.

Bürgermeister Schröder stellt nunmehr den **Antrag, den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan mit der neuen Prioritätenreihung und der Aufnahme des Projektes „Straßenbauten und Parkplatzgestaltung“ zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Stellenplanerweiterung

Es besteht derzeit die Möglichkeit, einen begünstigt Behinderten in der Stadtgemeinde Oberndorf mit abgeschlossener Lehre (Tischler) anzustellen. Die Anstellung soll im technischen Dienst des Krankenhauses erfolgen. Dazu ist eine Planstelle im Anhang zum Krankenhausstellenplan vorzusehen.

Die Gemeindevorsteherung hat in ihrer Sitzung am 16.3.2005 prinzipiell die Anstellung eines begünstigt Behinderten befürwortet. Seitens der Abteilung 11 – Personalreferat – wurde mitgeteilt, daß gegen die Anstellung eines begünstigt Behinderten kein Einwand besteht.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, eine zusätzliche Planstelle im Anhang an den Krankenhaus-Stellenplan zur Anstellung eines begünstigt Behinderten mit einem Beschäftigungsausmaß von 100% zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Gründung der Europasteg-Errichtungs- u. BetriebsgmbH – Grundsatzbeschuß

Dieser Punkt wurde präventiv in die Tagesordnung aufgenommen, weil wir nicht wußten, wie die bayerischen Behörden entscheiden. Wir wissen jetzt, daß das Land Bayern zustimmt und hoffen, daß wir den Vertrag in den nächsten Tagen bekommen.

Folgender Amtsbericht liegt zu diesem Tagesordnungspunkt vor:

Nach einer Vielzahl von Gesprächen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, der Regierung von Oberbayern, dem Bundeskanzleramt Wien, der Landesregierung Salzburg und der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes Berchtesgadener Land wird die Möglichkeit eines PPP-Modelles (Public-Private-Partnership) positiv beurteilt. Dieses Modell sieht vor, daß die beiden Städte Laufen und Oberdorf sowie die Hypo-Impuls-Leasing in Salzburg eine GmbH nach österreichischem Recht gründen. Von den Gesellschaftsanteilen liegen jeweils 24,5 Prozent bei jeder Kommune und 51 Prozent bei der Hypo-Impuls-Leasing. Diese Aufteilung ist erforderlich, um die Unternehmereigenschaft der GmbH attestiert zu bekommen. Die Unternehmereigenschaft ist notwendig, um vorsteuerabzugsberechtigt zu sein. Ein weiterer Vorteil der GmbH-Lösung besteht darin, daß keine Bindung an die VOB erfolgt, sondern nach Ausschreibung der entsprechenden Gewerke nachverhandelt werden kann.

Es ist beabsichtigt, neben der GmbH-Gründung einen sog. „Syndikatsvertrag“ abzuschließen, der die beteiligten Gesellschafter zur Einstimmigkeit in den Beschlüssen der Gesellschaft verpflichtet. Außerdem wird vertraglich gesichert, daß die beiden Kommunen jederzeit ein Aufgriffsrecht an der GmbH erhalten, d. h. den Kommunen steht zu jedem Zeitpunkt das Recht zu, die GmbH komplett zu übernehmen. An Kosten entstehen im Jahr 2005 nur jene für die Gründung der GmbH (Einbringen der Gesellschaftsanteile ca. € 5.000,-).

Der Geschäftszweck der GmbH ist einzig und allein die Errichtung und der Betrieb des Europasteges auf eine Laufzeit von 20 Jahren. Nach diesem Zeitpunkt wird sich die GmbH auflösen und der Steg in das Eigentum der beiden Kommunen übergehen. Als Geschäftsführer der GmbH sind gleichberechtigt Herr Mag. Dr. Hanspeter Schmalzl, Hypo-Impuls-Leasing, und der Geschäftsleiter der Stadt Laufen, Herr Manfred Niedermeier, vorgesehen.

Bürgermeister Schröder stellt folgenden **Antrag auf Beschlußfassung: Die Stadtgemeinde Oberndorf gründet gemeinsam mit der Stadt Laufen und der Hypo-Impuls-Leasing, Salzburg, die Europasteg-Errichtungs- und Betriebs-GmbH. Diese GmbH wird nach österreichischem Recht gegründet. Die Geschäftsführung soll gleichberechtigt an die Herren Mag. Dr. Schmalzl, Hypo-Impuls-Leasing, und Niedermeier, Geschäftsleiter der Stadt Laufen, übertragen werden.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadträtin Bazzanella war während der Behandlung dieses TOP nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Schröder ersucht weiters um folgende Terminvormerkung zu diesem Punkt: Mittwoch, 04.05.05, 18.00 Uhr – Sondersitzung der Gemeindevertretung mit Projektvorstellung im Krankenhaus Oberndorf (eine schriftliche Einladung dazu wird zeitgerecht erfolgen).

10. Gründung einer KEG

Das Thema der Gründung einer KEG wurde bereits mehrmals in der Gemeindevertretung sowie in der Gemeindevorsteherung behandelt. Grundsätzlich steht einer Gemeinde bei Gebäuden im Hoheitsbereich bei herkömmlicher Finanzierung über Darlehen kein Vorsteuerabzug zu. Mit verschiedenen Sonderformen der Finanzierung ist es jedoch möglich, für diese Investitionen zumindest einen Teil der Vorsteuer über Umwege letztlich einzusparen und damit die Belastungen für die Gemeinde wesentlich zu verringern. Derzeit werden am österreichischen Markt im wesentlichen folgende Finanzierungsformen bzw. Konstruktionen für die Errichtung von Gemeindegebäuden im Hoheitsbereich angeboten:

- Herkömmliche Darlehensvariante
- PPP-Modelle
- Immobilienleasing-Modelle
- KEG-Modelle

Im Vergleich der o.a. Varianten ist das KEG-Modell für die Gemeinde das derzeit günstigste und steuersparendste. Die Berechnungen des Finanzberaters der Gemeinde wurde auf Basis von Echtdateien der Erweiterung und Sanierung der Hauptschule Oberndorf durchgeführt. Die Gemeindevorsteherung hat in ihrer Sitzung vom 16.03.2005 den Bürgermeister beauftragt, die weiteren Schritte zur Beschlußfassung der Gründung einer KEG vorzubereiten.

Der heutigen Sitzung liegt nunmehr ein Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zur Gründung einer „Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KEG“ vor. Als Kommanditist dieser KEG ist Bürgermeister Schröder mit einer Einlage von € 500.- vorgesehen. Die Haftung dieses Gesellschafters ist auf den Betrag seiner voll eingebrachten Vermögenseinlage, das sind € 500.-, beschränkt. Für die voll eingebrachte Vermögenseinlage erhält der Kommanditist eine Vergütung in der Höhe von 5% p.a. Ein Gewinn steht zur Gänze der Stadtgemeinde Oberndorf als Komplementär zu. Sitz der Gesellschaft ist die Stadtgemeinde Oberndorf. Persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär) ist die Stadtgemeinde Oberndorf. Sie ist zur Vertretung und Geschäftsführung der Gesellschaft ausschließlich berufen. Die Geschäftsführung sollte in einer Geschäftsordnung analog der Salzburger Gemeindeordnung 1994 geregelt werden. D. h., die Ermächtigungen der Organe lt. Salzburger Gemeindeordnung sollten auch für die Geschäftsordnung bestehen.

Die Stadtgemeinde Oberndorf wird gleichzeitig mit Gründung dieser Gesellschaft als Einlage in diese Gesellschaft eine Liegenschaft einbringen, und zwar das gemäß Teilungsplan des Geometers Dipl.-Ing. Günther Fally, Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen, Hofhaymer Allee 9, 5020 Salzburg, im Vermessungsplan G.Z. 13204/05 dargestellte Grundstück Nr. 720/3 im Mbl. Nr. 4332-65, Kat. Gem. 56410 Oberndorf, Ger. Bez. Oberndorf, im neuen Gesamtausmaß von 8021 m² (EZ 1135), samt den derzeit darauf errichteten Gebäuden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Errichtung eines Gesellschaftsvertrages zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und Bürgermeister Peter Schröder zur Gründung einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft im Sinne des Erwerbsgesellschaftengesetzes zu beschließen. Die Firma der Kommandit-Erwerbsgesellschaft lautet: „Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien-KEG“. Gleichzeitig soll die Erstellung einer Geschäftsordnung beschlossen werden, in der analog der Salzburger Gemeindeordnung den Organen der Stadtgemeinde Oberndorf die gleiche Befugnis für den Betrieb der KEG übertragen wird.**

Die Gründung KEG ist gemäß § 85 Sbg.GdO 1994 genehmigungspflichtig.

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend – Stadträtin Bazzanella war nicht anwesend):
Wird einstimmig beschlossen.**

11. Hauptschulerweiterung und –sanierung – Architektenleistungen

Für die geplante Erweiterung und Sanierung der Sporthauptschule Oberndorf (eingereicht beim Schulbauprogramm XI, GAF-Zusage vom 20.01.05) ist es notwendig, die Architektenleistungen zu beauftragen.

Der Bauausschuß hat sich in seiner Sitzung am 13.04.05 mit den Details befaßt und an die Gemeindevertretung die Empfehlung abgegeben, Herrn Architekt Dipl.-Ing. Gangl mit der Durchführung der Leistungen zu beauftragen.

Bürgermeister Schröder stellt daher den **Antrag, die Durchführung der Architektenleistungen an Dipl.-Ing. Franz Gangl zu vergeben.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend – Stadträtin Bazzanella war nicht anwesend):
Wird einstimmig beschlossen.**

12. Verlängerung Kontokorrentkredite Stadtgemeinde und Krankenhaus

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb des Krankenhauses bei der Salzburger Sparkasse einen Kontokorrentkreditrahmen von €2,300.000,--, für den Betrieb der Stadtgemeinde beträgt der Rahmen €300.000,--. Beide Rahmen enden mit 30.04.05 und sollen bis 30.04.06 verlängert werden. Der letztmalige Beschluß wurde durch die Gemeindevertretung am 22.09.04 gefaßt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Verlängerung der Kontokorrentkreditrahmen bis 20.04.2006 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadträtin Bazzanella war nicht anwesend):
Wird einstimmig beschlossen.**

13. Parkplatz und Straßensanierungen

Von der Abteilung 11 des Amtes der Landesregierung wurde der Stadtgemeinde Oberndorf empfohlen, ein Gesamtkonzept für die Straßensanierung zu erstellen und die Umsetzung entsprechend einer Prioritätenreihung (Sicherheitsrelevanz) mittelfristig zu planen (siehe MFP). Die Antragstellung beim GAF soll die einzelnen Bauabschnitte samt einer Auflistung der vorgesehenen einzelnen Straßenzüge beinhalten.

Ein derartiger Sanierungsvorschlag wurde nunmehr von Dipl.-Ing. Kettl ausgearbeitet; für die notwendigen Baumaßnahmen wurde im Mittelfristigen Finanzplan ein Finanzierungskonzept erstellt, welches eine Umsetzung für die Jahre 2005 – 2009 vorsieht (Gesamtsumme: € 1.622.400,- brutto incl. Kanalbau). Der Bauausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 13.04.05 mit den Details des Projektes; eine Beschlußempfehlung liegt vor.

Stadtrat Prem: Ich habe die Vorstellung im Bauausschuß gesehen und der Variante 2 nicht zugestimmt, welche eine Einbahnregelung in der Untersbergstraße vorsieht. Wer kann wissen, ob diese Regelung für Oberndorf auch tatsächlich gut ist, da man eine zusätzliche Verkehrsbehinderung macht. Die Parkplätze sind bei dieser Variante schräg angeordnet. Die Variante 1 beinhaltet Gegenverkehr in diesem Straßenstück und hat keine Schrägparkplätze. Diese Variante halte ich daher für Oberndorf und seine Bevölkerung für besser.

GV Hagmüller: Auch ich halte die Einbahnvariante nicht für ideal, denn bei Bauarbeiten und in Ernstfällen kann ich mir nicht vorstellen, daß das funktioniert.

Stadtrat Ing. Bruckmoser: Wir sind der Meinung, daß das vorgeschlagene Projekt bzw. die Variante 2 in Ordnung ist. Die Untersbergstraße ist fünf Meter breit; in Ausnahmefällen wird es sicherlich möglich sein, die Einbahnregelung kurzfristig zu ändern.

GV Dirnberger: Wir reden hier von zwei verschiedenen Dingen, nämlich von der Schaffung von Parkplätzen und einer neuen Verkehrsregelung; man sollte sich das getrennt ansehen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner erinnert an die Diskussion im Bauausschuß und hält fest, daß die Gesamtregelung von Erfahrungswerten abhängt.

Bürgermeister: Wir werden ein diesbezügliches Konzept erarbeiten und den Anrainern vorstellen.

GV Illinger: Wieviel Quadratmeter werden die Parkplätze in Anspruch nehmen? Kann man festhalten, daß der Park in seiner Größe so bleibt wie er ist?

Bürgermeister: Zwei Meter in der Tiefe fallen auf die Gesamtlänge des Straßenstückes weg. Es hat sicherlich niemand das Ansinnen, den Park zu verbauen. Faktum ist: Der Park ist nicht betroffen. Es geht heute nur grundsätzlich darum, das Straßensanierungskonzept zu beschließen, um die GAF-Mittel zu erhalten. Es geht hier nicht um die Festlegung bzw. den Beschluß einzelner Sanierungsvarianten, lediglich der Grundsatzbeschluß für ein Straßensanierungskonzept.

Stadtrat Prem: Der Vorschlag sollte geteilt werden in Brückenstraße/Uferstraße und Untersbergstraße.

Bürgermeister: Nochmals: Es geht heute nur um das Straßensanierungskonzept insgesamt, die vorliegenden Varianten haben derzeit nur im Bauausschuß Priorität. Alles weitere erfolgt in Verhandlungen. Ich bitte, dieses Straßensanierungskonzept als Grundkonzept zu beschließen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Gibt es auch Überlegungen zu unserem neuralgischen Punkt Salzburger Straße/Nußdorfer Straße?

Bürgermeister: Der Kreisverkehr an dieser Stelle ist eingereicht; ich habe mich in Zusammenarbeit mit der Landesstraßenverwaltung sehr bemüht, eine Lösung mit einem Anrainerbetrieb herbeizuführen. Bereits mein Amtsvorgänger hat sich um eine Lösung bemüht, doch die Grundstückbesitzer waren nicht bereit, die Fläche (es geht hier um 170 m²) zur Verfügung zu stellen. Der Anrainer hätte 10 zusätzliche Parkplätze bekommen und aus dem Kreisverkehr eine Abfahrt in das Privatgrundstück. Es hat auch vor Ort eine Besprechung stattgefunden. Ich habe darüber informiert, daß im Falle des Nicht-Zustandeskommens des Kreisverkehrs es zu einer anderen Vorrangregelung kommen kann. Ebenso wurde der Anrainer darüber in Kenntnis gesetzt, daß – sollte die bestmögliche Lösung nicht herbeigeführt werden können – die Landesstraßenverwaltung die derzeit zur Verfügung gestellten Parkplätze benötigt und so auch diese für den Betrieb verloren gehen. Die heute nachwievor vorliegende Aussage lautet: Nein, die Grundabtretung ist nicht möglich. Ich persönlich möchte mir jedenfalls in der Zukunft nicht den Vorwurf machen lassen, ich hätte einen Betrieb geschädigt. Wir werden jetzt versuchen müssen, den Kreisverkehr etwas nach links zu versetzen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Vielleicht könnte die Beschlußformulierung so erweitert werden: „Die endgültige Entscheidung, ob Einbahnregelung in der Untersbergstraße und in welche Richtung ist abhängig vom Gesamtkonzept.“

Das Einverständnis der Fraktionen zu dieser Ergänzung liegt vor.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, auf Empfehlung des Bauausschusses die Umsetzung der Straßenbaumaßnahmen für die Jahre 2005 – 2009 zu beschließen mit der Ergänzung, daß die endgültige Entscheidung hinsichtlich der Einbahnregelung in der Untersbergstraße (ob und in welche Richtung) vom Gesamtkonzept abhängt.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

14. Verkauf Zauner-Gründe

In der Gemeindevertretungssitzung vom 23.02.2005 wurde prinzipiell der Beschluß gefaßt, die Zauner-Gründe, Grundstück 890/1, EZ 1504 Grundbuch 56410 Oberndorf, mit einer Gesamtfläche von 3.545 m² an die Österreichische Wohnbauvereinigung (ÖSW) zu einem Kaufpreis von € 760.000.- zu verkaufen. Gleichzeitig wurde die Gemeindevorsteherung mit der Beschlußfassung des Vertrages beauftragt.

Nachdem bis zur letzten Gemeindevorstandssitzung zum einen der Vertragsentwurf noch nicht vorgelegen ist und zum anderen nunmehr neben der ÖSW auch die Steiner & Wanner Wohnbau Gesellschaft m.b.H. als Drittelkäufer auftritt, erscheint es sinnvoll, daß die Gemeindevertretung die Beschlußfassung wieder an sich zieht.

Der nun vorliegende Kaufvertrag wurde durch die ÖSW errichtet und vom Rechtsanwalt der Stadtgemeinde Oberndorf, Herrn Dr. Eder, geprüft. Es ergeht der Vorschlag, den Verkauf der Zauner-Gründe zu beschließen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Schröder den **Antrag, den vorliegenden Kaufvertrag betreffend des Grundstückes 890/1, EZ 1504 Grundbuch 56410 Oberndorf, mit einer Gesamtfläche von 3.545 m², zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf als Verkäuferin einerseits und der Österreichischen Wohnbauvereinigung Gemeinnützige Genossenschaft m.b.H. sowie der Steiner & Wanner Wohnbau Gesellschaft m.b.H. als Käufer andererseits, zu einem Preis von € 760.000,-- zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend – GV Rosenstatter und Tutschka waren nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

15. Anträge auf Verwendung des Gemeindewappens

Folgende Anträge zum Gebrauch des Gemeindewappens liegen vor:

15.1. kraftstoff tws gmbH

Die kraftstoff tws gmbH beabsichtigt, mit einem eigenen Erscheinungsbild zum Thema „Stille Nacht, Heilige Nacht“ in Verbindung mit dem Oberndorfer Gemeindewappen auf verschiedenen Warengruppen (Souvenirs, Spiele, Literatur, Musik, Gebrauchsgegenstände etc.) überregional in Erscheinung zu treten. Die k tws verpflichtet sich, im Falle der Genehmigung zur Verwendung des Oberndorfer Gemeindewappens dies im Sinne der Salzburger Gemeindeordnung zu tun.

Im Falle der Zustimmung verpflichtet sich die k tws weiters, eine Beteiligung von 1% des aus diesem Geschäftsfeld entstehenden Umsatzes zweckgebunden für „Jugend und Kultur“ einmal jährlich nach Bilanzierung und Prüfung durch einen ortsansässigen Notar an die Stadtgemeinde Oberndorf zu überweisen.

Gemäß § 5 der Salzburger Gemeindeordnung kann die Gemeindevertretung die Verwendung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit für einen genau bezeichneten Zweck, wenn ein der Gemeinde abträglicher Gebrauch nicht zu befürchten ist, bewilligen. Ein Widerruf der Bewilligung ist jederzeit zulässig. Für die Erteilung dieser Bewilligung ist eine Verwaltungsabgabe in der Höhe von € 710,- zu entrichten.

GV Neumeier: Dies wurde im Gemeindevorstand am 19.01.05 besprochen. Wird uns jedoch ein Mitspracherecht eingeräumt?

Bürgermeister: Wir werden informiert, welche Waren mit unserem Wappen verkauft werden. Die Verwendung wird dem guten Ruf nicht widersprechen, sonst würden wir die Berechtigung entziehen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Mir fehlt eine Liste der Gegenstände; welche fallen unter die Bezeichnung „Gebrauchsgegenstände“. Für Gebrauchsgegenstände halte ich die Verwendung des Wappens als eine zu sensible Sache und es ist wichtig zu wissen, um welche Waren es sich hier dezitiert handelt.

GV Stampfer: Ich finde es positiv, wenn ein Oberndorfer Unternehmen etwas macht.

GV Illinger: Mir gefällt es nicht, wenn ein Stadtwappen für diesen Zweck verwendet wird. Vereine tragen z. B. das Wappen mit großem Stolz.

2. Vizebgm. Feichtner: Ich sehe das als eine Vermarktung von Oberndorf – das ist Werbung.

Bürgermeister: Ich schlage vor, eine Beschlußfassung erfolgt vorbehaltlich der Vorlage einer Warenliste, vor allem hinsichtlich der sog. „Gebrauchsgegenstände“. Erst dann wird die Genehmigung wirksam.

Bürgermeister Schröder stellt den Antrag, der Firma kraftstoff tws gmbH den Gebrauch des Gemeindewappens für ein eigenes Erscheinungsbild zum Thema „Stille Nacht, Heilige Nacht“ auf verschiedenen Warengruppen – vorbehaltlich der Vorlage einer Warenliste – zu bewilligen.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 22 GV dafür, 1 GV dagegen (GV Peter Illinger).

15.2. Verwendung des Gemeindewappens im Zusammenhang mit der Aktion „Schwerpunkt Bundesland Salzburg“

Im Zusammenhang mit dem Siegerprojekt des Bauernherbst-Wettbewerbes 2004 ist geplant, in der Gemeinde Mühlbach am Hochkönig ein Holzmonument um den Schwerpunkt Salzburg aufzustellen. Geplant ist, an diesem Holzmonument alle Gemeindewappen Salzburgs anzubringen. Für die Anfertigung der Alutafel, den Druck und die Montage fallen Kosten von € 42,- an. Das Ansuchen hierfür wurde über den Salzburger Gemeindeverband eingereicht.

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, die Bewilligung zur Verwendung des Gemeindewappens für diese Aktion zu erteilen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Anmerkung: Da es sich hier um eine Bewerbung der Stadtgemeinde Oberndorf in eigener Sache handelt, fallen keine Verwaltungsabgaben an.

Wird zur Kenntnis genommen.

16. Ferienaktion Sommer 2005

16.1. Tanz- und Kreativwoche

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung vom 01.03.2005 die Empfehlung ausgesprochen, der geplanten Tanz- und Kreativwoche in den Sommerferien 2005 einen Zuschuss von € 150,-- zu gewähren.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

16. 2. Freifahrtaktion mit der Lokalbahn in den Sommerferien

In Zusammenarbeit mit der Salzburger Lokalbahn soll auch heuer wieder in den Sommerferien eine Freifahrtkartenaktion durchgeführt werden. Freikarten werden an Oberndorfer Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr für Fahrten nach Salzburg, Bergheim und Bürmoos ausgegeben. Der Aktionszeitraum ist 9. Juli bis einschließlich 11. September 2005.

Im Jugendausschuß sollte darüber beraten werden, ob es diese Aktion auch in den Osterferien geben soll. Weiters ist zu überlegen, ob nicht die Altersgrenze hinaufgesetzt werden sollte.

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, die Freifahrtaktion mit der Lokalbahn für die Sommerferien 2005 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

17. Antrag Franz Holztrattner auf Beseitigung baulicher Anlagen Michael-Gundringer-Str. 3 - 9

- *Zu diesem TOP übernimmt 1. Vizebürgermeister Mayrhofer den Vorsitz, Bürgermeister Schröder verläßt das Sitzungszimmer.*

1. Vizebgm. Mayrhofer verliest den nachstehenden Amtsbericht und verweist auf die Bürgerfragestunde zu Beginn dieser Sitzung, in der es zu dieser Angelegenheit eine Anfrage von Dr. Hitzenbichler, Rechtsvertreter der Familie Holztrattner, gab. Sollten Fragen der Gemeindevertretung anstehen, steht Bauamtsleiter Dipl.-Ing. Müller zur Verfügung.

Amtsbericht:

Wie bereits in der Gemeindevertretungssitzung vom 17.11.2004 berichtet, wurde durch Herrn Franz Holztrattner mit Eingabe vom 02.07.2004 der Antrag auf Beseitigung von baulichen Anlagen bei den Objekten M.-Gundringer-Straße 3,5,7 u. 9 eingebracht. Es wird behauptet, daß bei der Errichtung o. a. Objekte durch die Nichteinhaltung der zulässigen Traufenhöhen bzw. durch zu geringe Abstände zu den Bauplatzgrenzen die Nachbarschaftsrechte verletzt wurden.

Durch das Amt wurde ein umfangreiches Ermittlungsverfahren durchgeführt. Es wurden mehrere Zeugen befragt, Stellungnahmen angefordert und Beweismittel geprüft (siehe zugehöriger Bauakt).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für alle betroffenen Bauteile rechtskräftige Bewilligungs- und Überprüfungsbescheide vorliegen. Die Baumaßnahmen sind deshalb insgesamt weder bescheidwidrig noch nicht bewilligte Maßnahmen.

Es liegen daher die Voraussetzungen für eine Antragstellung gemäß § 16 Abs. 6 nicht vor, und ist der Antrag mangels Legitimation ab- bzw. zurückzuweisen.

Stadtrat Dr. Weihs: Ich habe die Information, daß tatsächlich ein zu geringer Abstand zum Nachbarobjekt besteht, der damalige Besitzer dem aber zugestimmt hat. Der Antragsteller behauptet, daß durch die Verbauung in zu großer Höhe die Unterschreitung des Nachbarabstandes entstanden ist. Wir müssen nun aber davon ausgehen, daß die Eigentümer von damals der Unterschreitung nicht zugestimmt haben. Wieso kam es also zu dem Bau, wenn die Anrainer nicht zugestimmt haben?

Dipl.-Ing. Müller: 1993 lag der Antrag noch nicht vor; es gibt zu allen drei Bauvorhaben Kollaudierungsverhandlungen und einen Überprüfungsbescheid. Der Antrag ist deshalb zurückzuweisen, weil gewisse formalrechtliche Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Stadtrat Dr. Weihs: Das heißt, wir lehnen den Antrag jetzt nur aus formellen Gründen ab?

Dipl.-Ing. Müller bejaht dies.

1. Vizebürgermeister Mayrhofer stellt den **Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, den Antrag des Franz Holztrattner auf Beseitigung von baulichen Anlagen der Objekte M.-Gundringer-Str. 3, 5, 7 u. 9 gem. § 16 Abs. 6 Salzburger Baupol.Ges. 1997 i.d.g.F. als unzulässig ab- bzw. zurückzuweisen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend – Bürgermeister Schröder und GV Hagmüller waren nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Schröder übernimmt wiederum den Vorsitz.

18. Ausnahmegewilligung von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für folgende landwirtschaftliche Betriebe:

a) Bauernweg

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Ansuchen von Herrn Mag. Andreas Loiperdinger, Bauernweg 3 und 3 a

Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Bauernweg 3 und 3 a

Mit Ansuchen vom 15.11.2004 wurde durch Herrn Mag. Andreas Loiperdinger die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Bauernweg 3 und 3 a beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Überprüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt sind.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dem Ansuchen von Herrn Mag. Andreas Loiperdinger Rechnung zu tragen und die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Bauernweg 3 und 3 a zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Hagmüller war nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

b) St. Georgener Straße 22

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Ansuchen von Josef und Elfriede Schauer, St. Georgener Straße 22

Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb St. Georgener Straße 22

Mit Ansuchen vom 14.12.2004 wurde durch Herrn Josef und Frau Elfriede Schauer die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb St. Georgener Straße 22 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Überprüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt sind.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dem Ansuchen von Herrn Josef und Frau Elfriede Schauer Rechnung zu tragen und die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb St. Georgener Straße 22 zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Hagmüller war nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

c) Aglassinger Straße 9

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Ansuchen von Franz und Maria Riefler, Aglassinger Straße 9

Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Aglassinger Straße 9

Mit Ansuchen vom 13.12.2004 wurde durch Herrn Franz und Frau Maria Riefler die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Aglassinger Straße 9 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Überprüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt sind.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dem Ansuchen von Herrn Franz und Frau Maria Riefler Rechnung zu tragen und die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Aglassinger Straße 9 zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Hagmüller war nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

d) Loipferdinger Straße 1

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Ansuchen von Rupert und Maria Niederreiter, Loipferdinger Straße 1

Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Loipferdinger Straße 1

Mit Ansuchen vom 17.12.2004 wurde durch Herrn Rupert und Frau Maria Niederreiter die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Loipferdinger Straße 1 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Überprüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt sind.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dem Ansuchen von Herrn Rupert und Frau Maria Niederreiter Rechnung zu tragen und die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Loipferdinger Straße 1 zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Hagmüller war nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

e) Loipferdinger Straße 3

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Ansuchen von Johann und Elisabeth Spitzauer, wohnhaft in 5114 St. Georgen, Aglasinger Straße 24

Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb 5110 Oberndorf, Loipferdinger Straße 3

Mit Ansuchen vom 09.12.2004 wurde durch Herrn Johann und Frau Elisabeth Spitzauer die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb in 5110 Oberndorf, Loipferdinger Straße 3 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Überprüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt sind.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dem Ansuchen von Herrn Johann und Frau Elisabeth Spitzauer Rechnung zu tragen und die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Loipferdinger Straße 3 zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Hagmüller war nicht anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19. Umbenennung eines Teiles des Gemeindeparks in „Karoline-Brandauer-Park“

Der Kulturausschuß hat in seiner Sitzung vom 01.03.2005 einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den Teil des Gemeindeparks, der direkt gegenüber dem Rathaus liegt, in „Karoline-Brandauer-Park“ umzubenennen.

Frau Brandauer war Prosadichterin und Traktl-Preisträgerin für ihr Werk „Vor einem Haselzweig“. Sie wohnte von 1961 bis zu ihrem Ableben im Jahre 1989 in unserem Rathaus und war von 1939 bis 1964 Verwaltungsbedienstete der Gemeinde.

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, die Gemeindevertretung möge die Umbenennung des Teiles des Gemeindeparks vor dem Rathaus in „Karoline-Brandauer-Park“ beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

20. Aufträge, Anschaffungen

Entfällt!

21. Subventionen

21.1. Straßentheater 2005

Seitens der Salzburger Kulturvereinigung wird auch heuer wieder die Durchführung des Straßentheaters in Oberndorf am Freitag, dem 05.08.2005, mit Beginn um 20.30 Uhr angeboten. Dieses Jahr steht die Posse „Das Mädsl aus der Vorstadt“ von Johann Nestroy auf dem Programm.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Gemeindevertretung möge die Durchführung des Straßentheaters im Sommer 2005 beschließen und gewährt dazu eine Subvention in der Höhe von €1.700,--.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

21.2. Ansuchen des Vereines zur Förderung offener Jugendarbeit

Die Wochenarbeitszeit soll von 40 auf 45 Wochenstunden erhöht werden. Die Kosten bzw. Subvention wurde bereits im Budget vorgesehen und soll ab 01.05.2005 zugeteilt werden. Die Mehrbelastung beträgt bei 50 %iger Subvention ca. € 2.000,-- bei 70 %iger Subvention ca. € 2.800,-- im Jahr.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Beschlußfassung der Erhöhung der Subvention von 40 auf 45 Wochenstunden bis zum 31.07.2006.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

21.3. SalzArt-Festival 2005

Zur Unterstützung des SalzArt-Festivals 2005 vom 04.06. – 12.06.2005 soll die Stadtgemeinde Oberndorf eine Subvention in der Höhe von € 2.500,-- gewähren.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, dies zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

22. Allfälliges

2. Vizebgm. Feichtner ersucht zu TOP 18. (Ausnahmebewilligungen von der Einmündungsverpflichtung) um Kontrolle, daß alte, bestehende Bewilligungen immer wieder überprüft werden.

Bürgermeister hält dazu fest, daß Ing. Pöschl beauftragt ist, diese alten Ausnahmebewilligungen immer wieder zu überprüfen.

Dipl.-Ing. Müller ergänzt, daß das Gesetz alle fünf Jahre die Überprüfung aller bestehenden Ausnahmebewilligungen durch das Amt vorsieht.

GV Tutschka erkundigt sich zum Thema „Sicherheitsdienst“, ob der Probetrieb eingestellt wurde und Anbote eingeholt wurden.

Bürgermeister: Wir haben im Gemeindevorstand darüber beraten und festgehalten, daß wir im Falle der Notwendigkeit uns wieder darüber unterhalten werden. Wir wurden vergangene Woche darauf hingewiesen, daß Schüler (laut ihren Aussagen) im Bereich der Galerie des Platzes verwiesen wurden. Die Gendarmerie hat mich informiert, daß die Wogen hoch gingen. Es hat ein Schreiben des Sicherheitsdienstes AGRON gegeben, daß die Jugendlichen sich auf dem Kiwa-Gelände nicht mehr aufhalten dürfen. Dies hätte zur Folge, daß sie auch das Jugendzentrum nicht mehr besuchen dürfen. Wir haben mit AGRON gesprochen, um den Sachverhalt zu klären und die Firma darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme aufgrund unserer Dienstbarkeit auf dem Gelände nicht in Ordnung ist und daß es nicht sein kann, daß die Jugendlichen das Jugendzentrum nicht betreten dürfen. AGRON hat im Bedarfsfall lediglich die Gendarmerie zu verständigen, welche die Amtshandlung zu vollziehen hat. Daraufhin hat AGRON das Schreiben zurückgezogen.

Ich möchte die Situation hier nicht bewerten, doch nur ergänzen, daß die Leiterin des JUZ laut ihren Aussagen um 22.00 Uhr das JUZ geschlossen hat und beinahe auch des Platzes verwiesen worden wäre.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.28 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 20.04.05

TOP	Beschluß	erledigt am erledigt von
------------	-----------------	---------------------------------

4.	Protokoll vom 23.02.05	
6.	Jahresrechnung 2004	
7.	Mittelfristiger Finanzplan	
8.	Stellenplanerweiterung	
9.	Gründung Europasteg-Errichtungs- u. BetriebsgmbH – Grundsatzbeschuß	
10.	Gründung KEG	
11.	Hauptschulerweiterung u. –sanierung – Architektenleistungen	
12.	Verlängerung Kontokorrentkredite Stadtgemeinde und Krankenhaus	
13.	Parkplatz- und Straßensanierungskonzept – Grundsatzbeschuß	
14.	Verkauf Zauner-Gründe	
15.	Genehmigung der Verwendung d. Gemeindegewappens	
	15.1. kraftstoff tws gmbH	
	15.2. Holzmonument Gde. Mühlbach	
16.	Ferienaktionen Sommer 2005	
	16.1. Tanz- u. Kreativwoche – Zuschuß	
	16.2. Freifahrtaktion Lokalbahn	
17.	Antrag Holztrattner auf Beseitigung baul. Anlagen M.-Gundringer-Str. 3 – 9	
18.a) –	Ausnahmebewilligungen v. d. Einmündungsverpflichtung i. d. Ortskanalisation f. landw. Betriebe	
18.e)		
19.	Umbenennung Teil Gemeindepark in „Karoline-Brandauer-Park“	
21.1. –	Subventionen Straßentheater, Verein z. Förderung offener Jugendarbeit, SalzArt	
21.3.		